

Ravarani wird Nachfolger von Spielmann

Georges Ravarani wechselt an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, wo er die Nachfolge von Dean Spielmann antritt. Dies meldete RTL am Mittwoch. Der 61-jährige Jurist war zunächst als Anwalt tätig,



bevor er zum Verwaltungsgericht wechselte, dessen Vorsitz er 2007 übernahm. Ravarani studierte Rechtswissenschaften in Grenoble und hat ein Standardwerk über das Haftungsrecht im Großherzogtum verfasst. Der breiten Öffentlichkeit wurde er als „informateur“ bei der Regierungsbildung bekannt. Gegenkandidaten von Ravarani waren Marie-Jeanne Kappweiler und François Moyses. Ravarani wurde von der „Assemblée parlementaire“ des Europarats mit absoluter Mehrheit angenommen. (TJ)

Die parlamentarische Fachkommission für Beschäftigung hat gestern den Bericht zur Neuregelung des Sozialdialogs in den Betrieben gutgeheißen. Der Bericht wurde mit den Stimmen der Mehrheitsvertreter gutgeheißen. Das neue Mitbestimmungsgesetz steht dann am 2. Juli im Kammerplenum zur Abstimmung. Eine Woche später, am 9. Juli, befassen sich die Abgeordneten voraussichtlich mit der Reform der „Reclassement“-Gesetzgebung sowie der Vorlage zum „Contrôle médical“. Berichtersteller sind jeweils Frank Arndt und Georges Engel, beide LSAP. (BB)

Mitbestimmungsgesetz: am 2. Juli im Plenum

Die parlamentarische Fachkommission für Beschäftigung hat gestern den Bericht zur Neuregelung des Sozialdialogs in den Betrieben gutgeheißen. Der Bericht wurde mit den Stimmen der Mehrheitsvertreter gutgeheißen. Das neue Mitbestimmungsgesetz steht dann am 2. Juli im Kammerplenum zur Abstimmung. Eine Woche später, am 9. Juli, befassen sich die Abgeordneten voraussichtlich mit der Reform der „Reclassement“-Gesetzgebung sowie der Vorlage zum „Contrôle médical“. Berichtersteller sind jeweils Frank Arndt und Georges Engel, beide LSAP. (BB)

Asselborn weist Kritik von Reding und Mosar zurück

„Es wäre nicht vertretbar gewesen, wenn Luxemburg wegen der Sitzfrage die Arbeit der EU-Kommission blockiert hätte“, so Außenminister Jean Asselborn. Damit weist er die Kritik der früheren Vizepräsidentin der EU-Kommission Viviane Reding und des CSV-Abgeordneten Laurent Mosar vom Montag zurück. Reding und Mosar hatten der Regierung vorgeworfen, sie hätte die luxemburgischen Interessen in Brüssel nicht hinreichend verteidigt, weil das Land einen Sitz im Rat der Regionen und im europäischen Wirtschafts- und Sozialrat abgeben musste. Hintergrund ist der EU-Beitritt Kroatiens. Auf Vorschlag der damaligen EU-Kommission war der Rat der Regionen nicht um kroatische Mitglieder aufgestockt worden, vielmehr mussten Luxemburg, Zypern und Estland einen Sitz abgeben. Reding hatte damals für eine Erweiterung des Rates plädiert, konnte sich aber innerhalb der Kommission nicht durchsetzen. Asselborn betont weiter, dass Luxemburg den Sitzverlust nicht kampflos hingenommen habe. Für ihn gibt es eine Parallele zum europäischen Wirtschafts- und Sozialrat, wo Luxemburg zwar ebenfalls einen Sitz abgeben musste, als Ausgleich aber nun im Comité pour la mutation industrielle vertreten ist. (DS)

Mipex 2015: Studie zur Europäischen Integrationspolitik

Auf einem guten Weg

Luxemburg hat Fortschritte gemacht, muss aber noch an sich arbeiten

VON MICHÈLE GANTENBEIN

Die gute Nachricht vorab. Luxemburg hat Fortschritte in Sachen Integrationspolitik gemacht, aber nur kleine. Das Großherzogtum hat seit der letzten Mipex-Erhebung vor drei Jahren lediglich zwei Punkte dazugewonnen und landet mit 57 von möglichen 100 Punkten auf Platz 15 von 38 Ländern. Damit liegt Luxemburg fünf Punkte über dem Durchschnitt. Im Bereich politische Partizipation hat Luxemburg seit der letzten Erhebung vor drei Jahren acht Punkte zugelegt. Doch es bleibt noch einiges zu tun.

Mipex bedeutet „Migrant Integration Policy Index“. Die Studie untersucht die Integrationspolitik der 28 EU-Mitgliedstaaten und von Australien, Kanada, Japan, Südkorea, Schweiz, Türkei, Island, den USA, Neuseeland und Norwegen. Das Instrument gibt Rückmeldungen über die politischen Stärken und Schwächen und liefert Hinweise, in welchen Bereichen die Politik Nachholbedarf hat.

Luxemburg landet mit 57 von 100 möglichen Punkten auf dem 15. Platz von 38. Untersucht wurden acht Politikbereiche: Zugang zum Arbeitsmarkt, Familienzusammenführung, politische Partizipation, dauerhafter Aufenthalt, Bildung, Naturalisierung, Schutz vor Diskriminierung und neu dabei: der Zugang zum Gesundheits- und Sozialversicherungswesen. Am schlechtesten schneidet Luxemburg in den Bereichen Arbeitsmarkt (Platz 30), Schutz vor Diskriminierung (Platz 29) und Gesundheit (Platz 22) ab.

Frappierende Ungleichheiten

Zwar hat Luxemburg sich seit der letzten Erhebung in keinem Bereich verschlechtert, doch in man-



Luxemburg muss die politische Partizipation der Ausländer über einen leichteren Zugang zur Luxemburger Staatsbürgerschaft stärken, findet die Asti. (FOTO: GUY WOLFF)

chen Bereichen sind die Ungleichheiten frappierend, fand Thomas Huddleston, Programmdirektor bei der „Migration Policy Group“ in Brüssel, der die Ergebnisse für Luxemburg gestern vorstellte, z. B. was die Gehälter der Luxemburger (öffentlicher Sektor) und der Ausländer (Privatsektor), die Armutsgefährdung, den Zugang zur Weiterbildung, die Bildungschancen für Ausländerkinder und die Diskriminierung aufgrund der Herkunft angeht. Die größte Ungleichheit aber sei das demokratische Defizit. Hier müsse Luxemburg weitere Anstrengungen machen, so Huddleston.

In Luxemburg hat der Wirtschafts- und Sozialrat zusammen mit der Asti die Ergebnisse unter die Lupe genommen und Empfehlungen ausgesprochen.

Empfehlungen der Asti

Die Ausländerorganisation Asti hat Empfehlungen ausgearbeitet, „die schnell und unkompliziert umgesetzt werden können“, wie Asti-Präsidentin Laura Zuccoli gestern erklärte. Die Organisation plädiert für den Abbau von administrativen Hürden, um Nicht-EU-Bürgern den Zugang zum Arbeitsmarkt und zur dauerhaften Aufenthaltserlaubnis zu erleichtern,

sowie für klarere Regeln beim Zugang zum Sozialversicherungssystem für Menschen, die sich illegal im Land aufhalten.

Handlungsbedarf hat die Asti auch bei den Familienzusammenführungen ausgemacht. Laut der aktuellen Gesetzeslage müssen Ausländer zwölf Monate warten, bis sie ihre Angehörigen nach Luxemburg holen dürfen. „Oft vergehen aber bis zu 21 Monate, bevor die Familienzusammenführung tatsächlich stattfindet“, sagte Zuccoli. Die Asti empfiehlt deshalb, die Warteklausel abzuschaffen. Mehr Klarheit fordert die Ausländerorganisation auch bei den Voraussetzungen, unter denen eine Familienzusammenführung möglich ist, z. B. was die Sicherung des Lebensunterhaltes sowie ausreichenden Wohnraum angeht.

Im Bildungsbereich sieht die Lage nicht besonders gut aus. Nach Ansicht Huddlestons muss Luxemburg für mehr Bildungsgechtigkeit sorgen. Es sind vor allem die hohen Sprachanforderungen, die den hier lebenden ausländischen Kindern zum Verhängnis werden und ihnen den Weg zu einer Qualifikation versperren.

In Sachen politische Partizipation (Platz 2) und bei der Einbürgerung (Platz 7) steht Luxemburg mit 81 bzw. 68 Punkten sehr gut da. „Die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft trägt ihre Früchte“, sagte Thomas Huddleston. Dennoch bleibt noch einiges zu tun, um das demokratische Defizit auszumergen. Die Asti spricht sich für ein vereinfachtes Naturalisierungsgesetz (u. a. Droit du sol) aus. Auch sollte der Weg zur Luxemburger Staatsbürgerschaft nicht durch unnötig hohe sprachliche Anforderungen versperrt sein, meinte die Asti-Vorsitzende.

Lichtblicke und das liebe Geld

Finanzengpass bei Hëllef Doheem: Minister Romain Schneider zeichnet Lösungsansätze im Parlament auf

Mögliche Fehler und Fehleinschätzungen sind in den Hintergrund gerückt. Seitdem die Regierung eine Vermittlerrolle eingenommen hat, um einen Sozialplan bei Hëllef Doheem abzuwenden, hat sich die Wortwahl erheblich geändert. Ging es vor ein paar Wochen noch darum, einen Schuldigen für die schwierige Finanzlage im Pflegenetzwerk auszumachen, so ist jetzt von gemeinsamen Bemühungen und Lösungen zwischen der Regierung, den Gewerkschaften und der Stiftung die Rede.

Vorige Woche einigten sich die Unterhändler darauf, den angeordneten Sozialplan auf Eis zu legen. Man wolle sich anstrengen, damit es nicht zu 90 Entlassungen bei der Stiftung Hëllef Doheem komme. Betroffene Mitarbeiter sollen über einen „Plan de maintien dans l'emploi“ eine neue Stelle inner- oder außerhalb des Betriebs erhalten, oder sozial verträgliche Maßnahmen (z.B. Frührenten) beanspruchen können.

„Am Freitag wollen wir uns nochmals mit den Gewerkschaften und der Direktion von Hëllef Doheem zusammensetzen, um die möglichen Lösungen für die einzelnen Mitarbeiter zu erörtern“, erklärte gestern Sozialminister Romain Schneider im Anschluss an eine Unterredung mit dem parlamentarischen Fachausschuss.

Darüber hinaus soll sichergestellt werden, dass der größte

Dienstleister des Pflegesektors nicht erneut ins Trudeln gerät. Die Regierung zeigt auch hier Entgegenkommen. Zusammen mit der CNS prüfe man zurzeit, ob Dienstleister, die einen „service universel“ gewährleisten – sprich ihre Leistungen überall im Land anbieten und deshalb höhere Kosten verzeichnen – eine zusätzliche finanzielle Hilfe bekommen könnten. Der Staat würde somit weite-

re Finanzmittel bereitstellen, über die bisher eingefrorene Tarifverordnung hinaus.

Eine staatliche Unterstützung könnte Hëllef Doheem auch angesichts seiner kostspieligen Informatikinvestitionen beziehen, stellte der Minister in Aussicht. Romain Schneider wies allerdings zurück, dass Probleme mit dem Scheckheft gelöst werden. Ziel seien einvernehmliche Alternativen zu den Entlassungen, die nicht zwingend viel mehr Kosten nach sich ziehen würden, und eine langfristige Stabilität im Pflegesektor. Einen Vorentwurf zur Reform der Pflegeversicherung will der Minister kommenden Monat mit allen Akteuren besprechen. Die Reform könnte dann im Januar 2017 in Kraft treten. Ausschusspräsident Georges Engel (LSAP) begrüßte seinerseits gestern die Bemühungen, um den Konflikt beizulegen und sprach sich für eine weitere Diskussion über die künftige Ausrichtung und Aufgaben des Pflegesektors aus. (BB)



Eine einvernehmliche Lösung wird am Freitag diskutiert. (FOTO: A. ANTONY)